

# Bulletin

## März 2014

### Einladung zur General- und Nominationsversammlung der CSP Zug

**Donnerstag, 10. April 2014 um 19.00 Uhr**  
**im Hirschensaal, Zeughausgasse 9, 6300 Zug**  
Traktanden:

1. Begrüssung
2. Wahl der StimmenzählerInnen
3. Jahresberichte
4. Finanzen
5. Wahlen im Oktober 2014  
Nomination für den Stadtrat
6. Anträge
7. Verschiedenes

Im Anschluss laden wir Sie herzlich zu einem Imbiss ein.  
**Wir freuen uns sehr, wenn Sie an unserer GV teilnehmen und Ihre Meinung einbringen!**

Der Vorstand CSP Zug

---

### Was heisst eigentlich bürgerlich?

Diese Frage stellte mir kürzlich eine Journalistin des Online Magazins «Zentral plus»

#### **Meine Antwort darauf:**

Bürger bzw. Bürgerinnen sind wir Alle, die wir ein Bürgerrecht einer Gemeinde besitzen.

Der Begriff Bürger steht für den Willen zum Zusammengehören, für das Gemeinwohl. So wie es etwa heisst: „bürgerliche Kost“, eine Kost, die allen bekömmlich ist und schmeckt.

In der Stadt Zug scheint mir, ist der Begriff „bürgerlich“ zu einem ideologischen Label geraten. Eine Art Kampflabel, unter dem einige Exponenten ihre alte Machtstellung wieder zurück haben wollen. Zwei unschöne Beispiele in jüngster Zeit: die Strafaktion der drei „bürgerlichen“ Parteien gegen die „nicht-bürgerliche“ Mehrheit des Stadtrates bei der letzten Budgetdebatte. Und die Ablehnung des dringend notwendigen Schulhausneubaus im Herti durch dieselben

drei Parteien.

Hier mache ich nicht mit. Für mich und meine Politik steht der „Citoyen“ im Vordergrund, als der oder die souveräne Staatsbürgerin – und nicht der Bourgeois. Sachpolitik am Gemeinwohl orientiert und nicht egoistische Interessens- und Machtpolitik.

**Vroni Straub-Müller**  
**Stadträtin CSP**

## Finanzausgleich

### Massiv zu grosser Finanzausgleich gibt überall zu reden

Anlässlich der GV der FFZ ist es üblich, dass der Vorsteher des Departementes SUS vor dem Votum des Sicherheitsdirektors ebenfalls eine Rede hält. Üblich ist es auch, dass da jeweils ein „Seitenhieb“ an den Kanton gerichtet wird. In diesem Jahr habe ich mit folgenden Worten zum zweiten Mal einen „Seitenhieb“ wegen des zu hohen Finanzausgleiches der Stadt an den Kanton gerichtet:

Lieber Kollege Villiger, der Seitenhieb an den Kanton ist immer noch der gleiche wie letztes Jahr. Der Kanton jammert in Bern wegen den zu grossen Abgaben an den nationalen Finanzausgleich NFA. Der Kanton entrichtet von den Steuereinnahmen 20% an den Bund. Im gleichen Gejammer-Atemzug kassiert der Kanton von der Stadt immer noch etwa 70 Mio. für den kantonalen und nationalen Finanzausgleich.

Dies sind sage und schreibe 33% der gesamten Steuereinnahmen der Stadt.

Jeder dritte Franken wird also von der Stadt abgezogen, beim Kanton nur jeder fünfte. Und der Kanton schaut zu, trinkt Wein und predigt Wasser! Ja, der Kanton lässt die

Stadt darben - während bei den Nehmergemeinden weiterhin Überschüsse in die Kassen gespült werden.

Zwischen Stadtrat und Kanton agiert noch unser GGR. Weil der GGR gegenüber dem Kanton ziemlich rat- und hilflos ist, markiert er den starken Mann beim Budget. Sogar für die Konsumation im „Fürstübli“ der Feuerwehr musste ich vom Feuerwehrbudget Fr. 5'000.- einsparen. Ein Wahnsinnsbeitrag an den ZFA!!

Aber jetzt kommt doch irgendwie Bewegung in die ZFA-Diskussion. Mein Wunsch an den Landammann, dass die Stadt auch nur 20% der Steuereinnahmen abliefern muss wie der Kanton an den Bund.

Beat du hast Hausaufgaben...

Wie nun weiter:

Der Regierungsrat hat sich nun diesem Thema angenommen und dem Kantonsrat einen Bericht vorgelegt. Wenn alles optimal läuft kann die Stadt Zug auf das Jahr 2015 mit einer Entlastung von ca. 8 bis 10 Millionen rechnen. Die Stadt wird dann immer noch mit gegen 60 Millionen belastet.

Folgende Zahlen muss die Stadt im Jahre 2014 dem Kanton über-

weisen:

Für den Bund (nationaler Finanzausgleich) bezahlt die Stadt Fr. 14'363'000.--.

Als Ausgleich für die Zuger Gemeinden bezahlt die Stadt Fr. 51'324'000.--.

Oberägeri, Baar, Walchwil sind ebenfalls Gebergemeinden und zahlen aber zusammen lediglich Fr. 23'700'000.--. Das ist nicht einmal die Hälfte des städtischen Beitrages.

Am meisten profitieren folgende Nehmergemeinden:

Unterägeri, 16,7 Millionen

Menzingen 12 Mio

Cham 17,3 Mio

Hünenberg 8,7 Mio

Steinhausen 9,6 Mio

Risch 7,1 Mio

Neuheim 3,6 Mio.

Die Stadt Zug schreibt seit mehreren Jahren Defizite. Cham und weitere Nehmergemeinden schreiben Überschüsse. Das Finanzausgleichssystem des Kantons ist daher dringend zu revidieren. Die „Milchkuh Stadt Zug“ wird sonst geschlachtet und so steigt die Wahrscheinlichkeit, dass es dann allen Gemeinden nicht mehr so gut geht.

**Andreas Bossard**  
Stadtrat CSP



## Zur Schulraumnot im Westen

Im Stadtteil Zug West wohnen über 8500 Menschen, ein Drittel unserer Stadtbevölkerung – und das Wachstum ist nicht abzusehen. Die Schulraumplanung im Westen wurde vor fünf oder sechs Jahren verschlafen. Mit Pavillons wurden Ueberbrückungslösungen geschaffen. Das war und ist gut und Recht. Aber jetzt brauchen wir langfristige, zukunftssträchtige Lösungen. Im Stadtteil Zug West werden wir jahrzehntelang viele Kinder haben. Wir müssen dort investieren wo auch das Wachstum stattfindet.

Die Stadt Zug hat in den letzten Jahren Dutzende von Millionen in Alterswohnungen investiert, in ein Stadion für den Kanton und in ein Pflegebettenprojekt in Baar. Wir leisten uns für 52 Mio das Landis und Gyr Gebäude und wir wollen 60 Mio in ein Zentrum Plus investieren. Alles gute und wichtige Projekte. Aber es kann doch nicht sein, dass dann ein paar Pavilons für unsere Schülerinnen und Schüler genügen sollen. Unser Erfolg basiert doch auf dem Grundsatz: „vernünftige Investitionen, langfristiges Denken, keine Halbbatzigkeiten“. Die Eltern und das persönliche Umfeld, in dem Kinder aufwachsen, sind für ihren Lebenserfolg entscheidend wichtig. In der Schule sind es die Schülerinnen und Schüler sowie die Betreuungs- und Lehrpersonen, die das Lernklima prägen. Dass es auch auf den Raum ankommt, wird dadurch deutlich, dass er oft als „dritter Pädagoge“ ins Feld geführt wird.

Deshalb setze ich mich im Stadtrat und im Bildungsdepartement für eine zeitgemässe Schulanlage im Stadtteil Zug West ein. Das kann heissen, dass wir die Schulanlage

Riedmatt vordringlich ausbauen, den Kindergarten St. Johannes sanieren und das Schulhaus Letzi lassen wie es ist. Hingegen hat das Schulhaus Herti grossen Ausbaubedarf. Es fehlen schon heute Fach- und Gruppenräume. 2016 müssen (dürfen!) wir einen weiteren Kindergarten eröffnen und ab 2019 fehlen uns Klassenzimmer. Vordringlich ist ebenfalls ein multifunktionaler Mehrzwecksaal für die Schule und für die Quartierbevölkerung. Dass wir ebenfalls Räume für Vereine zur Verfügung stellen wollen, war immer ein klares Commitment des Stadtrates.

Ob es möglich sein wird im Gebiet Unterfeld/Feldpark ein Schulhaus zu realisieren wird sich weisen.

Wir sind zusammen mit der Immobilienabteilung und dem Bau daran diese Option zu prüfen. Wir führen Gespräche mit den beiden Grundeigentümern Stadt Baar und Korporation Zug. Eine klare Aussage dazu kann ich zum heutigen Zeitpunkt noch nicht machen.

Anfangs April hingegen werden wir dem Grossen Gemeinderat einen Zwischenbericht vorlegen, der nebst Aussagen zu Schülerzahlentwicklung und Schulraumplanung mögliche Szenarien mit Konsequenzen und Wirkungen aufzeigen wird.

**Vroni Straub-Müller**  
**Stadträtin CSP**



**Schulhaus Herti**

## CSP Schweiz – Dank an Hedy Lager, Monika Mathers und Karl Eschenmoser

An der Generalversammlung der CSP Schweiz reichte das Co-Präsidium die Leitung weiter. Monika Mathers, ZG, Karl Eschenmoser, SG, und Hedy Lager, SZ, engagierten sich während 17 Jahren mit viel Herzblut für die Christlichsozialen. Hedy Lager übergab ihre Aufgaben bereits an der GV 2012 an André Rotzetter, AG. Im November 2013 wurden Felix Bischofberger, SG, und Barbara Müller Hoteit, ZG, als Nachfolger und Nachfolgerin gewählt.

Karl Eschenmoser, Gymnasiallehrer und Historiker, und die zwei Lehrerinnen Hedy Lager und Monika Mathers waren ein eingespieltes Team mit viel politischer Erfahrung, einer guten Vernetzung und unermüdlicher Ausdauer. Ihre bemerkenswerten Partner-

schaft hat dazu beigetragen, dass es die Christlichsozialen überhaupt noch gibt. In den 17 Jahren gab es die schmerzlichen Ablösungen der CSP von der CVP im Bündnerland, im Jura, in Zürich, in Zug... Den Dreien gelang es, das Steuer des Schiffes zu halten und sich zu positionieren. Sie hielten den wiederkehrenden Angriffen von links und rechts stand und setzten sich unermüdlich für die christlichsozialen Werte ein. Während ihrer Amtszeit erarbeiteten sie diverse Grundsatzpapiere zu folgenden Themen:

- Durch Innovationen Arbeit für alle anstreben
- Sozialpolitik partnerschaftlich und solidarisch gestalten
- Durch Weiterbildung Chancen fördern

- Familie in ihren verschiedenen Formen fördern und stärken
- Aktiv „Politik der Gesundheit“ gestalten statt „Gesundheitswesen“ verwalten
- Ökologie mit Wirtschafts- und Sozialpolitik verbinden
- Internationale Beziehungen vertiefend gestalten
- Migrationspolitik transparenter machen
- Prioritäten im Verkehr anders setzen
- Energie sparen und gerecht verteilen
- Das Alter finanziell sichern
- Leben im Alter
- Demokratie mit Rechtsstaat stützen

Eine der wichtigsten Aufgaben des nachfolgenden Co-Präsidiums ist es, die christlichsozialen Werte in der Politik weiterhin zu vertreten und bekannt zu machen. Wir danken Hedy Lager, Monika Mathers und Karl Eschenmoser für ihr grosses, unermüdliches Engagement! „Wir können gemeinsam etwas Gutes erreichen, wenn wir mit Kraft und Mut – sachlich und seriös – stets Respekt, Würde und Solidarität einfordern.“ (Zitat aus ‚Demokratie mit Rechtsstaat stützen‘)

**Barbara Müller Hoteit  
Co-Präsidentin CSP**



**v.l.n.r.: André Rotzetter, Barbara Müller Hoteit, Felix Bischofberger, Monika Mathers, Karl Eschenmoser**

### Impressum

Redaktion: Barbara Müller Hoteit  
Gestaltung: Rainer Walser  
Druck: Consol